

Antragsteller/in:

Name, Vorname:

Straße, Haus-Nr.:

PLZ Ort:

E-Mail:

Telefon-Nr.:

Mobil:

An den
Kreis Minden-Lübbecke
- Umweltamt - (Immissionsschutz)
Portastr. 13

32423 Minden



Formular 1 Blatt 1

Antrag

auf Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb sowie zur Änderung von
Anlagen im Sinne von § 4 Bundes-Immissionsschutzgesetz ¹

1. Weitere Angaben zum Antragsteller/zur Antragstellerin

wie Antragsteller

Abweichend

Name, Vorname:

Straße, Haus-Nr.:

PLZ Ort:

Telefon-Nr.:

Abteilung:

Sachbearbeiter/in:

Tel.-Nr.:

2. Allgemeine Angaben zur Anlage

2.1 Standort der Anlage

Bezeichnung des Werkes oder des Betriebes, in dem die Anlage errichtet werden soll:

Straße, Haus-Nr.	
PLZ/Ort	
Gemarkung	

Flur	
Flurstück	
Koordinaten des Hauptteils der Anlage nach ETRS 89 UTM	Ost:
	Nord:

2.2 Art der Anlage

Bezeichnung der Anlage:

Zweck der Anlage:

Kapazität/Leistung:

Nr. und Verfahrensart des Anhangs 1 zur 4. BImSchV ⁽¹⁰⁾:

V G

Anlage gemäß Art. 10 der RL 2010/75/EU (IED-Anlage): Ja Nein

Beantragt wird

- ein **Vorbescheid** hinsichtlich
- eine **Neugenehmigung**
- eine **Änderungsgenehmigung**
- und zunächst die **Teilgenehmigung** für
- eine **weitere Teilgenehmigung** für
- als **Rahmengenehmigung** ⁽¹¹⁾
- eine **Zulassung des vorzeitigen Beginns**

Folgende Genehmigungen/Erlaubnisse sind gemäß § 13 BImSchG einzuschließen: ⁽¹²⁾

<input type="checkbox"/> § 63 BauO NRW	<input type="checkbox"/> § 18 Abs.1 Nr. 1 BetrSichV	<input type="checkbox"/> § 58 WHG
<input type="checkbox"/> § 4 TEHG	<input type="checkbox"/> § 18 Abs.1 Nr. 2 BetrSichV	<input type="checkbox"/> § 59 WHG
<input type="checkbox"/> § 17 SprengG	<input type="checkbox"/> § 18 Abs.1 Nr. 3 BetrSichV	<input type="checkbox"/> § 63 WHG
<input type="checkbox"/> § § 99 LWG NRW	<input type="checkbox"/> § 18 Abs.1 Nr. 4-8 BetrSichV	<input type="checkbox"/> § 58 Abs. 2 LWG NRW

Folgende Ausnahmen werden gemäß § 13 BImSchG beantragt: ⁽¹²⁾

<input type="checkbox"/> § 24 17. BImSchV	<input type="checkbox"/> § 26 13. BImSchV	<input type="checkbox"/> § 11 20. BImSchV
<input type="checkbox"/> § 3a ArbStättV	<input type="checkbox"/> § 11 31. BImSchV	<input type="checkbox"/>

Folgende weitere Zulassungen werden/wurden beantragt ⁽¹³⁾:

Antragsgegenstand	Rechtsgrundlage	Behörde	Datum

Genehmigungsbestand der gesamten Anlage siehe Formular 1 Blatt 3.

2.3 Die Gesamtkosten der Anlage werden voraussichtlich €betragen.

In den angegebenen Kosten ist die Mehrwertsteuer inbegriffen.

Die Anlage ist von einer Zertifizierung nach EMAS/ISO 14001 erfasst.

Die Antragserstellung erfolgte durch Sachverständige im Genehmigungsverfahren nach § 36 GewO
(Name, Anschrift, Firmenstempel/Unterschrift)

2.4 Die Anlage soll am/im in Betrieb genommen werden.

(Ort/Datum)

(Unterschrift des Antragstellers/der Antragstellerin)

Verwertung/Beseitigung von Abfällen

Betriebseinheiten ^(33a) Nr.: Bezeichnung:

In der folgenden Tabelle sind alle Abfälle aus Formular 3 Blatt 2 aufgeführt, die im eigenen Betrieb oder Fremdbetrieb verwertet/beseitigt bzw. zum Zwecke der Verwertung/Beseitigung behandelt werden oder einer anderen Verwertung/Beseitigung zugeführt werden:

Ifd. Nr. entspr. Formular 3	Stoffstrom-Nr. lt. Fließbild	Bezeichnung des Abfalles ⁽³⁴⁾	Abfall-Schlüssel ⁽³⁴⁾	Menge t/a	Vorgesehene Maßnahme zur Verwertung oder Beseitigung	Bezeichnung der Anlage bzw. Maßnahme in der Abfall verwertet/beseitigt wird	Bei Beseitigung: Angaben zur Durchführbarkeit der Maßnahme und der Entsorgungswege ²

² Angaben sind verzichtbar, falls Beseitigung nach Behördenkenntnis gesichert ist. Falls Angaben erforderlich sind, sind diese vom Betreiber der Beseitigungsanlage nach dem Anhang zu diesem Formular zu bestätigen.

Anhang zu Formular 4 Blatt 3, Seite

Erklärung zur vorgesehenen Abfallbeseitigung

Abfall- schlüssel	Bezeichnung des Abfalls	Menge t/a

Der Unterzeichnende erklärt hiermit, dass

seine Anlage für die Beseitigung des vorgenannten Abfalls mit Genehmigung vom
der /des
Aktenzeichen

zugelassen ist oder keiner Zulassung bedarf.

Die dargestellte Beseitigung kann bis mindestens sichergestellt werden.

(Firmenstempel/Unterschrift)

**Abwasserreinigung/-behandlung
(soweit sie Teil der immissionsschutzrechtlichen Anlage ist)**

Dieses Formular ist für jeden Abwasserstrom auszufüllen. (41)

Reinigungs-/Behandlungsanlage(n) (Nr. gemäß Fließbild):

Angeschlossene Betriebseinheit(en) Nr.:

Verbunden mit Quelle(n) Nr.:

Art der Reinigungs-/Behandlungsanlage:

Reinigungsprinzip:

Abwassermenge

im Auslegungszustand: m³/h, bei biologischen Anlagen BSB5/d (Roh)

Wirksamkeit der Reinigungs-/Behandlungsanlage im Auslegungszustand			
Behandelte Stoffe	Konzentration mg/l,		Wirkungsgrad %
	vor - Reinigung	- nach	

Einleitung in:

private Kanalisation⁽⁴²⁾

öffentliche
Kanalisation

Gewässer

Niederschlagsentwässerung

- Einleitung in die kommunale Regenwasserkanalisation

Vorbehandlung

- Ja Nein

- Direkteinleitung in das Grundwasser

Sickergraben

Drainage

Sickerschacht

Sonstige:

Vorbehandlung

- Ja Nein

- Direkteinleitung in ein oberirdisches Gewässer

Gewässer-Namen:

Vorbehandlung

- Ja Nein

Anlagen zum Lagern ⁽⁴³⁾ flüssiger wassergefährdender Stoffe

- Behälterlagerung*) Fass- und Gebindelagerung **)

1. Nachweis der wasserrechtlichen Eignung⁽⁴⁶⁾ der Anlage gemäß § 19 g Abs. 1 oder Abs. 2 WHG

- eine wasserrechtliche Eignungsfeststellung wird beantragt
 eine wasserrechtliche Eignungsfeststellung wird nicht beantragt, weil:
 eine Bescheinigung des Sachverständigen nach § 7 Absatz 4 VAwS vorliegt ***)
 Sonstiges:

2. Behälter Nr. / Bezeichnung gemäß Aufstellungsplan****):

3. Gelagerte Stoffe (Handelsname und Stoffbezeichnung):

4. Anzahl baugleicher Behälter:

5. Behälterfüllvolumen [m³]

6. Behälterwerkstoff:

7. Aufstellung:

- oberirdisch im Freien
 im Gebäude bzw. durch Überdachung
- auch vor Schlagregen geschützt -
 unterirdisch

8. Behälterausführung:

- einwandig mit Auffangraum
 ohne Auffangraum
 doppelwandig
 Flachbodentank Behälterboden kontrollierbar
 Behälterboden nicht kontrollierbar

*) Bei der Behälterlagerung sind die Fragen der Nrn. 1 bis 11 zu beantworten..

**) Bei der Fass -und Gebindelagerung sind die Fragen des Formulars 8.1 Bl. 3 und ggf. die Nrn. 9 bis 11 zu beantworten.

***)) Bei Vorlage einer Bescheinigung des Sachverständigen nach § 7 Absatz 4 VAwS sind nur die Fragen Nrn. 2 und 3 zu beantworten.

****)) Diese Anlage ist für baugleiche Behälter sowie separat für jeden nicht baugleichen Behälter auszufüllen.

9. Ausführung des Auffangraumes (bzw. der Aufstellfläche bei Aufstellung ohne Auffangraum)

Behälterfüllvolumen des größten Behälters/Gebindes im Auffangraum: [m³]

Gesamtfüllvolumen aller Behälter im Auffangraum: [m³]

Rückhaltevolumen des Auffangraumes ⁽⁴⁴⁾: [m³]

Dichtender Werkstoff des Auffangraumes/ der Aufstellfläche:

Beton nach der DAfStB-Richtlinie

Stahl:

Kunststoff, Material:

Sonstiges:

Maßnahmen zum Ableiten von Niederschlagswasser (nur bei Aufstellung im Freien) ⁽⁴⁷⁾

10. Sind Löschwasser-Rückhalteeinrichtungen vorhanden? Ja Nein

Bezeichnung gemäß Aufstellungsplan

Dient die Löschwasser-Rückhalteeinrichtung gleichzeitig als Auffangraum für wassergefährdende Flüssigkeiten? Ja Nein

Verbundleitungen zwischen Auffangraum und Löschwasser-Rückhalteeinrichtung vorhanden? Ja Nein

11. Der baurechtliche Verwendbarkeitsnachweis oder die wasserrechtliche Bauartzulassung liegt für folgende verwendete Anlagenteile vor:

Innenbeschichtung/ -auskleidung

Leckschutzauskleidung

Leckanzeigegerät

Überfüllsicherung

Behälter

Auffangraum

Fugen

Sonstiges :

Die geforderten Eignungsnachweise (z. B. baurechtliche Verwendbarkeitsnachweise) können nicht beigefügt werden. Es werden für folgende Anlagenteile die Nachweise nachgereicht *********):

*********) *Der Zeitpunkt der Vorlage der Nachweise ist mit der zuständigen Behörde zu vereinbaren.*

Fass und Gebindelager zum Lagern flüssiger wassergefährdender Stoffe

Name/Bezeichnung des Lagers gemäß Plan	gelagerte Stoffe	Lager- menge	Gebinde				Auffangwanne*)			
			Gebinde- größe	Art der Gebinde	verkehrsrechtlich e Zulassung nach GGVS/GGVE		Separate Auffangwanne		Auffang- volumen	Zulassung
1	2	[m ³] 3	l 4	5	Ja 6	Nein 7	Ja 8	Nein 9	l 10	11
					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		

*) falls ein gemeinsamer Auffangraum verwendet wird, ist Formular 8.1 Nr. 9 auszufüllen

Anlagen zum Lagern fester wassergefährdender Stoffe

Name/Bezeichnung des Lagers gemäß Plan	Gelagerte Stoffe	Gesamte Lagermenge [kg] oder [m ³]	Art der Lagerung			Schutz vor Witterungsein- flüssen und versehentlicher Beschädigung ⁽⁴⁷⁾ *)	Ausführung der Bodenfläche ⁽⁴⁸⁾ *)
			Silo	Lose	Verpackung:		
1	2	3	4	5	6	7	8
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			

*) Angaben nur erforderlich, soweit keine Silolagerung

Anlagen zum Abfüllen/Umschlagen⁽⁴³⁾ wassergefährdender flüssiger Stoffe

Diese Anlage ist für jede Abfüll-/Umschlaganlage auszufüllen.

1. Nr. der Abfüll-/Umschlaganlage / Bezeichnung gemäß Lageplan:
2. Abgefüllte/umgeschlagene Stoffe
Handelsname und Stoffbezeichnung:
3. Zweck der Anlage:
 - Befüllen von ortsbeweglichen Behältern
 - Entleeren von ortsbeweglichen Behältern
 - Umfüllen von flüssigen Stoffen; Laden und Löschen von Schiffen in Verbindung mit ortsbeweglichen Behältern an Land
 - Umladen von Flüssigkeiten in Verpackungen, die den gefahrgutrechtlichen Anforderungen genügen oder gleichwertig sind
4. Nachweis der wasserrechtlichen Eignung⁽⁴⁶⁾ der Anlage gemäß § 19 g Abs. 1 oder Abs. 2 WHG
 - eine wasserrechtliche Eignungsfeststellung wird beantragt
 - eine wasserrechtliche Eignungsfeststellung wird nicht beantragt, weil:
 - eine Bescheinigung des Sachverständigen nach § 7 Absatz 4 VAwS vorliegt *)
 - Sonstiges:
5. Maximale Größe der befüllten/entleerten Behälter bzw. Füllvolumen der Umladeeinheit:
[m³]
6. Maximaler Volumenstrom bei Befüllung/Entleerung/Umfüllung : [m³/s]
Mittlerer Tagesdurchsatz: [m³/d]
7. Sicherheitsvorkehrungen zur Verhütung des Überfüllens ortsbeweglicher Behälter:
(z.B. Überfüllsicherung, Zählervoreinstellung)
8. Rückhaltemaßnahmen und Rückhaltevolumen⁽⁴⁴⁾ für austretende wassergefährdende Flüssigkeiten:
Rückhaltevolumen: [m³]
Erläuterungen über Ausführungen der Rückhaltemaßnahmen:

Maßnahmen zur Ableitung von Niederschlagswasser (soweit die Anlage nicht überdacht ist)⁽⁴⁵⁾:

*) Bei Vorlage einer Bescheinigung des Sachverständigen nach § 7 Absatz 4 VAwS entfällt die Beantwortung der Fragen Nrn. 5 - 11.

9. Befestigung und Abdichtung der Bodenfläche:
(*Querschnittszeichnungen sind beizufügen*)

- Asphaltdecke
- Betondecke nach der DAfStB-Richtlinie
- Dichtungsbahn (Material):
- Beschichtung (Material):
- Stahlwanne:
- Sonstiges:

10. Sind Löschwasser-Rückhalteeinrichtungen vorhanden? ja nein

Bezeichnung gemäß Aufstellungsplan

Dient die Löschwasser-Rückhalteeinrichtung gleichzeitig
als Auffangraum für wassergefährdende Flüssigkeiten? ja nein

Verbundleitungen zwischen Auffangraum und
Löschwasser-Rückhalteeinrichtung vorhanden? ja nein

11. Der baurechtliche Verwendbarkeitsnachweis oder die wasserrechtliche Bauartzulassung liegt für folgende verwendete Anlagenteile vor:

- Innenbeschichtung/ -auskleidung
- Leckschutzauskleidung
- Leckanzeigegerät
- Überfüllsicherung
- Behälter
- Auffangraum
- Fugen
- Sonstiges :

Die geforderten Eignungsnachweise (z. B. baurechtliche Verwendbarkeitsnachweise) können nicht beigefügt werden. Es werden für folgende Anlagenteile die Nachweise nachgereicht **):

**.) *Der Zeitpunkt der Vorlage der Nachweise ist mit der zuständigen Behörde zu vereinbaren.*

Anlagen zum Herstellen, Behandeln und Verwenden wassergefährdender Stoffe (HBV-Anlagen) ⁽⁴³⁾

Diese Anlage ist für jede HBV-Anlage auszufüllen.

1. Anlagen-Nr./Bezeichnung gem. Plan:
2. Stoffe *)
3. Aufstellung der HBV-Anlage:
 im Freien
 im Gebäude bzw. durch Überdachung - auch vor Schlagregen - geschützt
4. Größtes Volumen der wassergefährdenden Stoffe, die bei einer Betriebsstörung freigesetzt werden können: [m³]
5. Angaben zum Auffangraum/zur Aufstellfläche:
Rückhaltevolumen des Auffangraumes ⁽⁴⁴⁾: [m³]
Dichtender Werkstoff des Auffangraumes:
 Beton nach der DAfStB-Richtlinie
 Stahl:
 Kunststoff, Material:
 Sonstiges:

Maßnahmen zum Ableiten von Niederschlagswasser (nur bei Aufstellung im Freien) ⁽⁴⁷⁾

6. Sind Löschwasser-Rückhalteeinrichtungen vorhanden? ja nein

Bezeichnung gemäß Aufstellungsplan

Dient die Löschwasser-Rückhalteeinrichtung gleichzeitig als Auffangraum für wassergefährdende Flüssigkeiten? ja nein

Verbundleitungen zwischen Auffangraum und Löschwasser-Rückhalteeinrichtung vorhanden? ja nein

*) Die Stoffe, mit denen in einer HBV-Anlage umgegangen wird, sind im Formular 3 Blatt 1 und 2 aufgelistet.

Rohrleitungsanlagen⁽⁴³⁾ zum Transport wassergefährdender Stoffe

Diese Anlage ist für jede Verbindungsleitung, die den Bereich des Werkgeländes nicht überschreitet, auszufüllen.

1. Nr./Bezeichnung der Rohrleitung im Lageplan:

2. Allgemeine Angaben

Nr./Bezeichnung der Anlagen/Anlagenteile, die durch die Rohrleitung verbunden werden:

Maximaler Volumenstrom: [m³/s]

Mittlerer Tagesdurchsatz: [m³/d]

Nennweite: [mm]

Nenndruck: [bar]

3. Flüssigkeiten, die durch die Rohrleitung transportiert werden:

Handelsname und Stoffbezeichnung:

4. Nachweis der wasserrechtlichen Eignung⁽⁴⁶⁾ der Anlage gemäß § 19 g Abs. 1 oder Abs. 2 WHG

eine wasserrechtliche Eignungsfeststellung wird beantragt

eine wasserrechtliche Eignungsfeststellung wird nicht beantragt, weil:

eine Bescheinigung des Sachverständigen nach § 7 Absatz 4 VAwS vorliegt *)

Sonstiges:

5. Leitungsführung:

unterirdisch oberirdisch

6. Ausführung als:

Saugleitung

Druckleitung: einwandig
 einwandig mit kathodischem Korrosionsschutz
 einwandig in flüssigkeitsdichtem Schutzrohr / Kanal **) doppelwandig mit Leckanzeigegerät

Maximaler Betriebsdruck: [bar]

*) Bei Vorlage einer Bescheinigung des Sachverständigen nach § 7 Absatz 4 VAwS entfällt die Beantwortung der Fragen Nrn. 5 - 10.

**) Bei Ausführung in flüssigkeitsdichtem Schutzrohr oder Kanal sind Angaben über Kontrolleinrichtungen und das Auffangvolumen erforderlich.

7. Werkstoffe

Rohrleitung: Stahl:
 Kunststoff (Material):
 Sonstiges:

Schutzrohr: Stahl:
 Kunststoff (Material):
 Sonstiges:

8. Herstellungsausführung der Rohrleitungsanlage

die oberirdische Rohrleitungsanlage entspricht den Festlegungen der TRwS A 780 „Oberirdische Rohrleitungen“

Ja

Nein (***)

die unterirdische Rohrleitungsanlage entspricht den Festlegungen im § 6 der VAWS

Ja

Nein

die unterirdische Rohrleitungsanlage entspricht den Festlegungen des Anhangs 1 der TRwS A 779 „Allgemeine Technische Regelungen“

ein Nachweis der gleichwertigen Sicherheit liegt vor

9. Zulassung serienmäßig hergestellter Anlagenteile

wasserrechtliche Bauartzulassung, Anlagenteile:

Der baurechtliche Verwendbarkeitsnachweis liegt für folgende verwendete Anlagenteile vor:

Rohrleitungen, zugehörige Formstücke und Armaturen

Innenbeschichtung

Leckageerkennungssystem

Leckanzeigegerät

Sonstiges :

Die geforderten Eignungsnachweise (z. B. baurechtliche Verwendbarkeitsnachweise) können nicht beigefügt werden. Es werden für folgende Anlagenteile die Nachweise nachgereicht (***):

***) *Eine Gefährdungsabschätzung ist beizufügen.*

****) *Der Zeitpunkt der Vorlage der Nachweise ist mit der zuständigen Behörde zu vereinbaren.*

Informationen zur Nutzung Ihrer personenbezogenen Daten nach Art. 13, 14 DSGVO

- **Verantwortlich für die Datenerhebung ist:**

Kreis Minden-Lübbecke – Der Landrat -, Portastraße 13, 32423 Minden

- **Zweck der Datenverarbeitung**

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt für die Aufgabenerfüllung des Umweltamtes, insbesondere zur Erbringung der beantragten immissionsschutzrechtlichen / naturschutzrechtlichen / wasserrechtlichen / abfallrechtlichen / bodenschutzrechtlichen Dienstleistungen.

- **Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung**

Art. 6 DSGVO und die jeweils geltenden Rechtsvorschriften, insbesondere des Umweltrechts, zu den entsprechenden Dienstleistungen.

- **Empfänger der Daten**

Kreis Minden-Lübbecke, ggf. Behörden und öffentliche Stellen, berechtigte Dritte

- **Dauer der Datenspeicherung**

Die Dauer der Speicherung richtet sich nach den jeweils zur Dienstleistung gehörenden gesetzlichen Aufbewahrungsfristen.

- **Ihre Rechte:**

- **Auskunft** über die erhobenen Daten
- **Berichtigung** unrichtig oder unrichtig gewordener Daten
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so kann die **Löschung** oder **Einschränkung der Verarbeitung** verlangt werden sowie **Widerspruch gegen die Verarbeitung** eingelegt werden.
- Sofern die Datenverarbeitung auf Grundlage einer Einwilligung erfolgt, ist ein jederzeitiger **Widerruf der Einwilligung** mit Wirkung für die Zukunft möglich.
- **Beschwerdemöglichkeit** bei der Aufsichtsbehörde:
Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (LDI NRW)
Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf, Tel. 0211/38424-0, Fax: 0211/38424-10
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de Internet: www.ldi.nrw.de

- **Kontakt Daten behördlicher Datenschutzbeauftragter**

E-Mail: datenschutz@minden-luebbecke.de Tel: 0571/807-22020 Fax: 0571/807-32020